

UNSER GRUNDSATZ

Unsere Partei, die Alternative für Deutschland (AfD), hat sich im Frühjahr 2013 aus ernster Sorge um die politischen und wirtschaftlichen Fehlentwicklungen in Deutschland und der Europäischen Union gegründet. In einem beispiellosen Siegeszug ist sie seitdem in alle Landesparlamente, den Deutschen Bundestag, das EU-Parlament und zahlreiche kommunale Parlamente eingezogen. Seit 2016 ist die AfD mit einer Fraktion auch im Wiesbadener Stadtparlament vertreten.

Mit unserem Wahlprogramm möchten wir uns bei Ihnen, den Wiesbadener Bürgern, um Ihre Stimme bei der Kommunalwahl am 15. März 2026 bewerben. Geben Sie uns die Möglichkeit, unsere freiheitlich-konservative Arbeit auch in der nächsten Legislaturperiode mit einer möglichst starken Fraktion im Wiesbadener Rathaus fortzusetzen. Unsere Stadt braucht eine kritische, klare und vernünftige Stimme, die mit dem nötigen Mut zur Wahrheit all die Missstände anspricht, vor denen andere Parteien lieber die Augen verschließen.

Ob in der Finanz-, Verkehrs-, Bau-, Energie-, Umwelt-, Migrationspolitik oder in den Bereichen Sicherheit und Ordnung - überall sind Fehlentwicklungen zu sehen, die sowohl unsere Stadt als auch unser gesamtes Land in eine schwere Krise, nicht nur ökonomischer Natur, stürzen. Eine Kurswende ist dringend notwendig. Welche grundsätzlichen Auffassungen wir in den wichtigsten Politikfeldern vertreten, können Sie den gelisteten Positionen entnehmen.

Unsere Sorge um Deutschland ist in den Jahren seit der Gründung der AfD nicht kleiner, sondern definitiv größer geworden. Wenn Sie sich in unseren Positionen wiederfinden, geben Sie uns am Wahltag bitte Ihre Stimme, sodass wir im Wiesbadener Rathaus künftig aus einer stärkeren Stellung für unsere gemeinsamen Anliegen kämpfen können.

Ihre AfD Wiesbaden

Alternative für Deutschland

LISTE 2



Zum Komplettprogramm



www.afd-wiesbaden.de

FÜR SIE IN DAS STADT- PARLAMENT

ZEIT FÜR WIESBADEN!

Alternative für Deutschland

LISTE 2



UNSERE POSITIONEN

1 - GESELLSCHAFT

1. JA zum abendländischen Kulturerbe und zu den Ideen der Aufklärung.
2. JA zur Pflege und zum Schutz einer aufgeklärten, europäisch geprägten kulturellen Identität als elementarem Bindeglied unserer Gesellschaft.
3. NEIN zur ideologisch getriebenen Umbenennung von Straßen.

2 - FINANZEN

1. JA zur konsequenten Konsolidierung des Haushalts. Unsere Stadt hat ca. 560 Millionen Euro Schulden und die Rücklagen sind komplett aufgebraucht.
2. NEIN zur Neuverschuldung und dem Verschieben von Kreditaufnahmen in Beteiligungsgesellschaften; die Bürger müssen auch dafür gerade stehen.
3. NEIN zum "Wassercent" (Wasserverbrauchssteuer) und zu klima-ideologischen Projekten.

3 - SICHERHEIT UND ORDNUNG

1. JA zur verbesserten Ausrüstung (Taser, Pfefferspray) unserer Stadtpolizei.
2. JA zu besserer Ausstattung - auch personell - von Feuerwehr und Katastrophenschutz. Das Ehrenamt stärken und fördern.
3. JA zu spürbar höheren Bußgeldern bei illegaler Vermüllung oder Verschandelung von öffentlichen Flächen.

4 - PLANEN, BAUEN UND WOHNEN

1. NEIN zu städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen mit enteignungsähnlicher Wirkung, wie z.B. für das Ostfeld.
2. JA zur Absenkung der Mietnebenkosten über eine spürbar geringere Grundsteuer.
3. JA zum bedarfsgerechten Wohngeld statt sozialem Wohnungsbau, um unsoziale Fehlbelegungen zu verhindern.

5 - VERKEHR

1. JA zum Auto als wichtigstem Verkehrsmittel für Wiesbaden. JA zu Tempo 50 in der Innenstadt. NEIN zu flächendeckendem Tempo 30.
2. JA zur Rückkehr der ESWE Verkehr zu ihrer Kernaufgabe: Zuverlässigem ÖPNV.
3. NEIN zur Citybahn! Der Bürgerentscheid gilt. Auch bei der Planung des Ostfelds.
4. JA zur Nutzung der Umweltpuren in der Stadt durch Pflegedienste.

6 - UMWELT, KLIMA UND ENERGIE

1. NEIN zu Klimamaßnahmen, die gigantische Summen verschlingen, welche an anderer Stelle fehlen und zu Lasten unseres Wohlstands und Wachstums gehen.
2. NEIN zur sogenannten Klimaneutralität. Die ideologisch getriebene „Klimawende“ ist ein fataler Irrweg.
3. NEIN zur kommunalen Wärmeplanung, die allein in den nächsten Jahren Kosten von 2,1 Milliarden Euro verursachen und gigantische Mehrkosten für die Bürger (vor allem Mieter) auslösen wird.

UNSERE POSITIONEN

7 - ZUWANDERUNG UND INTEGRATION

1. NEIN zu Parallelgesellschaften in Wiesbaden und der Forderung zur Anpassung der deutschen Kultur an die "neuen" Gegebenheiten. Stattdessen Integration aktiv einfordern.
2. JA zur Verpflichtung von Asylbewerbern zu gemeinnütziger Arbeit.
3. NEIN zur Genehmigung neuer Moscheen. Überprüfung vorhandener Moscheen auf islamistisch-extremistische Einflussnahme.

8 - VERWALTUNG

1. JA zur schnelleren Digitalisierung möglichst vieler Prozesse in der Verwaltung und Maximierung der „Behördengänge von zu Hause“.
2. JA zur Verschlinkung der städtischen Verwaltung und einer Konzentration auf die Kernaufgaben.
3. JA zur Besetzung von Leitungspositionen ausschließlich nach Eignung und Qualifikation. NEIN zur Auswahl nach ideologischer oder parteipolitischer Ausrichtung.

9 - KUNST UND KULTUR

1. JA zur grundgesetzlich garantierten Freiheit von Kunst und Kultur und NEIN zur Linkslastigkeit in diesen Bereichen.
2. NEIN zur Verlängerung des Betrauungsvertrags mit dem Schlachthof e.V. Die Betrauung impliziert eine wohlwollende Nähe der Stadt Wiesbaden zum linksextremistischen Spektrum.
3. JA zu einer betriebswirtschaftlich rentablen Nutzung des ehemaligen Walhalla-Theaters. Eine ausschließlich kulturelle Nutzung würde hohe städtische Subventionen notwendig machen.

10 - SOZIALES

1. JA zur Beachtung der besonderen Bedürfnisse von Menschen mit körperlichen Einschränkungen.
2. JA zur obligatorischen Altersfeststellung bei minderjährigen Flüchtlingen.
3. JA zu verbesserten Angeboten in der Seniorenhilfe durch Bündelung und Vernetzung der vorhandenen Angebote.

11 - SCHULE UND KINDER

1. JA zur Rückkehr zum dreigliedrigen Schulsystem von Haupt- und Realschule sowie Gymnasium. NEIN zu neuen integrierten Gesamtschulen in Wiesbaden.
2. JA zur Schule als Ort des kritischen Denkens und der strikten Wahrung der politischen Neutralität.
3. NEIN zum ideologisch und religiös begründeten Speiseangebot in Kindergärten und Schulen und NEIN zur Frühsexualisierung und Verbreitung von Gender-Ideologie.

Zum Komplettprogramm

